

Öffentliches und privates Wasserrecht

Breuer / Oexle

5. Auflage 2026
ISBN 978-3-406-80309-3
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

NJW Praxis

Im Einvernehmen mit den Herausgebern der NJW
herausgegeben von
Rechtsanwalt Felix Busse

Band 24

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Öffentliches und privates Wasserrecht

von

Dr. Rüdiger Breuer

o. Professor a. D. an der Universität Bonn,
Rechtsanwalt in Köln

und

Dr. Anno Oexle

Rechtsanwalt in Köln,
Fachanwalt für Verwaltungsrecht
(seit der 5. Auflage)

in der 4. Auflage mitbearbeitet von

Prof. Dr. Klaus Ferdinand Gärditz

5., völlig neu bearbeitete Auflage 2026



Zitierweise: Breuer/Oexle WasserR Rn. ...

z.B.: Breuer/Oexle WasserR/Breuer Rn. 1



ISBN PRINT 978 3 406 80309 3

© 2026 C.H.Beck GmbH & Co. KG

Wilhelmstraße 9, 80801 München

info@beck.de

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH

Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: Druckerei C.H.Beck Nördlingen

Umschlag: Druckerei C.H.Beck Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig

produksicherheit.beck.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort der 5. Auflage

Die Vorlage der 5. Auflage des „Öffentlichen und privaten Wasserrechts“ gibt Anlass zur Rückschau, zur Standortbestimmung und zum Ausblick auf die vorgezeichnete Weiterentwicklung. Die ersten drei Auflagen dieser Schrift von Rüdiger Breuer gehen auf rechtswissenschaftliche Anstöße von Jürgen Salzwedel und eine Anregung von Konrad Redeker, bezogen auf die seinerzeitige NJW-Schriftenreihe, zurück. Sie spiegeln die Stationen des Weges wider, den der seinerzeit alleinige Verfasser von dem damals von Jürgen Salzwedel geleiteten Institut für das Recht der Wasserwirtschaft an der Universität Bonn über das Institut für Umwelt- und Technikrecht der Universität Trier zum Institut für das Recht der Wasser- und Entsorgungswirtschaft an der Universität Bonn zurückgelegt hat. Die 4. Auflage der Schrift von 2017 hat als gemeinsames Werk von Rüdiger Breuer und Klaus Ferdinand Gärditz in der Reihe NJW Praxis die Vorauflagen fortgeführt. Dabei galt es, die Kontinuität der – die verschiedenen Teilbereiche übergreifenden – systematischen Gesamtdarstellung des Wasserrechts zu wahren. Dieses Konzept liegt unverändert auch der 5. Auflage der Schrift zugrunde.

In personeller Hinsicht hat sich im Vorfeld der 5. Auflage eine kurzfristige Umdistribution als notwendig erwiesen, als sich herausgestellt hat, dass Klaus Ferdinand Gärditz für eine Neuauflage des „Öffentlichen und privaten Wasserrechts“ nicht mehr zur Verfügung steht. Der Verlag und die Autoren Rüdiger Breuer und Anno Oexle sind übereingekommen, die Schrift unter dem eingeführten Titel in der Reihe NJW Praxis fortzuführen, wobei nunmehr der jeweilige Autor individuell ausgewiesen wird. Die Umdistribution hat – auch im Hinblick auf das vereinbarte Erscheinungsdatum der 5. Auflage – eine Arbeitsaufteilung erforderlich gemacht, die so in nachfolgenden Auflagen nicht beibehalten werden kann. Die gegenwärtige wie auch die künftige Kooperation unter den Autoren gründet sich auf die gemeinsame anwaltliche Tätigkeit und die kollegiale Abstimmung. In diesem Sinne sind die Autoren bestrebt, eine Darstellung des Wasserrechts vorzulegen, die weiterhin in rechtssystematischer wie in rechtspraktischer Hinsicht den fachlichen Anforderungen und den Erwartungen der Leser zu entsprechen vermag.

Mit der Vorauflage verglichen, stellt die 5. Auflage – bei systematischer Kontinuität – eine Neubearbeitung dar, die den jüngsten Entwicklungen des Wasserrechts auf bundes- und landesrechtlicher Ebene sowie auf der europäischen Rechtsebene Rechnung trägt. Das 1. Kapitel der Schrift enthält einen Überblick über den gegenwärtigen Entwicklungsstand sowie die Rechtsänderungen der jüngeren Zeit auf der nationalen Ebene und auf der supranationalen Ebene der Europäischen Union. Schon insoweit hat sich, vor allem im Bereich des europäischen Rechts, eine grundlegende Neubearbeitung als notwendig erwiesen. In den nachfolgenden Kapiteln werden diese Entwicklungen und die geltende Rechtslage im jeweiligen rechtssystematischen Kontext im Einzelnen dargestellt und gewürdigt. Die Rechtsprechung der deutschen Gerichte und des EuGH sowie die einschlägige Literatur werden bis Mitte des Jahres 2025 (sowie zu einzelnen Fragestellungen darüber hinaus) nachgezeichnet. Die Rechtsprechung der deutschen Gerichte und des EuGH sowie die einschlägige Literatur wurden bis Mitte des Jahres 2025 nachgezeichnet.

Insbesondere musste das 6. Kapitel zum Hochwasserschutz aufgrund der seit 2017 erfolgten Novellierungen des Wasserhaushaltsgesetzes und der Landeswassergesetze sowie der Erfahrungen mit Hochwasser- und Starkregenereignissen weitgehend umgeschrieben werden. Vollständig neugefasst und in diesem Zuge erweitert wurde auch das

8. Kapitel zum straf- und ordnungswidrigkeitenrechtlichen Schutz der Gewässer. Herzuheben sind hier vor allem die Ergänzung durch die Darstellung des einschlägigen, in der Rechtspraxis bedeutsamen Ordnungswidrigkeitenrechts sowie die Würdigung der zweiten Richtlinie (EU) 2024/1203 zum strafrechtlichen Schutz der Umwelt.

Die Rechtsprechungsnachweise sind in der 5. Auflage der Schrift insgesamt überprüft, ergänzt und – soweit möglich – durch die Angabe der Entscheidungsdaten und der Aktenzeichen vervollständigt worden. Hiermit hoffen die Verfasser, vor allem der Rechtspraxis dienen und den Zugang zu der einschlägigen Judikatur erleichtern zu können.

Die Verfasser schulden den Personen, die bei der Erstellung der 5. Auflage vielfältige und wertvolle Hilfe geleistet haben, persönlichen Dank. Im Arbeitsbereich von Rüdiger Breuer haben in der Kanzlei okl & partner die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen Katharina Mikus und Sarah Piesnack – diese vor allem in der entscheidenden Schlussphase der Überarbeitung – bei den erforderlichen Rechtsprechungs- und Literaturrecherchen sowie bei der rechtzeitigen und zuverlässigen Erstellung einer vorlagereifen Fassung des Textes und des Fußnotenapparates am PC wertvolle Hilfe geleistet und sich große Verdienste erworben. Im Arbeitsbereich von Anno Oexle haben in der Kanzlei okl & partner Rechtsanwalt Lars S. Otto, LLM (LSE) und der wissenschaftliche Mitarbeiter Mathis Fischer bei der Überprüfung und Zusammenstellung der Rechtsprechung- und Literaturnachweise einen wertvollen Beitrag zur Fertigstellung der Neuauflage erbracht. Die Verfasser sprechen auf diesem Wege den genannten Personen den wohlverdienten Dank und die persönliche Anerkennung aus.

Köln, im September 2025

Rüdiger Breuer
Anno Oexle

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort der 5. Auflage	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Literaturverzeichnis	XXV
Kapitel 1 Einleitung und Überblick	1
§ 1 Einleitung	1
§ 2 Bundes- und Landeskomp petenzen für das Wasserrecht	3
§ 3 Öffentlich-rechtliche, privatrechtliche und strafrechtliche Bestimmungen des Gewässerschutzes	18
§ 4 Entwicklung des deutschen Wasserrechts	22
§ 5 Wasserrecht der Europäischen Union	69
§ 6 Internationales Wasserrecht	129
Kapitel 2 Gewässerbegriff und sachlicher Geltungsbereich des Wasserwirtschaftsrechts	135
§ 7 Einleitung	135
§ 8 Oberirdische Gewässer	136
§ 9 Küstengewässer und Meeresgewässer	158
§ 10 Grundwasser	159
§ 11 Landesrechtliche Ausklammerungen aus dem Kreis der erfassten Gewässer (§ 2 Abs. 2 WHG)	161
Kapitel 3 Allgemeine öffentlich-rechtliche Benutzungsordnung für die Gewässer	163
§ 12 Verwaltungs- und verfassungsrechtliche Grundsätze	163
§ 13 Das Begehr auf Erteilung einer Erlaubnis oder Bewilligung	187
§ 14 Abwehrbegehren eines Dritt betroffenen gegenüber der Bewilligung oder Erlaubnis	474
§ 15 Betriebsbeauftragte für Gewässerschutz	523
§ 16 Befugnisse der Wasserbehörden zur Überwachung und zum gefahrenabwehrenden Einschreiten	533
Kapitel 4 Die besondere öffentlich-rechtliche Nutzungsordnung für Wasserschutzgebiete	565
§ 17 Systematische Einordnung der Wasserschutzgebietsfestsetzung	565
§ 18 Formell-rechtliche Fragen der Wasserschutzgebietsfestsetzung	567
§ 19 Materiellrechtliche Voraussetzungen, Inhalte und Folgen einer Wasserschutzgebietsfestsetzung	580
§ 20 Heilquellschutzgebiete	614
Kapitel 5 Unterhaltung und Ausbau oberirdischer Gewässer	617
§ 21 Unterhaltung oberirdischer Gewässer	617
§ 22 Ausbau oberirdischer Gewässer	641
Kapitel 6 Hochwasserschutz	705
§ 23 Tatsächliche Problematik und rechtliche Grundlagen des Hochwasserschutzes	705
§ 24 Planungsinstrumentarium des vorbeugenden Hochwasserschutzes	714
§ 25 Überschwemmungsgebiete an oberirdischen Gewässern	720
§ 26 Risikogebiete außerhalb von Überschwemmungsgebieten	746
§ 27 Heizölverbraucheranlagen in Überschwemmungsgebieten und in weiteren Risikogebieten	749
§ 28 Hochwasserentstehungsgebiete	751
§ 29 Individualrechte in Bezug auf den Hochwasserschutz	755

Kapitel 7 Haftungsordnung im Wasserrecht	769
§ 30 Rechtssystematische Grundlagen	769
§ 31 Ansprüche aus allgemeinem Privatrecht	773
§ 32 Schadensersatzansprüche aus der Gefährdungshaftung nach § 89 WHG	809
§ 33 Umweltschadensgesetz	847
Kapitel 8 Straf- und ordnungswidrigkeitenrechtlicher Schutz der Gewässer	865
§ 34 Einführung	865
§ 35 Entwicklung des straf- und ordnungswidrigkeitenrechtlichen Gewässerschutzes	865
§ 36 Bezüge zum Verfassungs- und Unionsrecht	872
§ 37 Strafrechtlicher Gewässerschutz	879
§ 38 Ordnungswidrigkeitenrechtlicher Gewässerschutz	905
§ 39 Rechtsfolgen im Straf- und Ordnungswidrigkeitsrecht	909
§ 40 Übergreifende Fragestellungen und Entwicklungsperspektiven	914
Sachverzeichnis	937

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort der 5. Auflage	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Literaturverzeichnis	XXV
Kapitel 1 Einleitung und Überblick	1
§ 1 Einleitung	1
§ 2 Bundes- und Landeskompetenzen für das Wasserrecht	3
I. Wasserhaushaltsrecht (Art. 74 Abs. 1 Nr. 32 GG)	3
1. Wasserhaushaltsrecht als Materie der konkurrierenden Gesetzgebung	3
2. Verzicht auf die bundesstaatliche Erforderlichkeitskontrolle	5
3. Abweichungsgesetzgebungskompetenz der Länder	5
4. Abweichungsfester Kern als Rückausnahme	9
5. Verwaltungskompetenzen	11
II. Sonstige wasserrechtlich relevante Bundeskompetenzen	13
1. Bundeswasserstraßen	13
2. Bodenordnung, Bodenschutz und Raumordnung	16
3. Sonstige wasserwirtschaftsrechtlich relevante Kompetenzen	17
§ 3 Öffentlich-rechtliche, privatrechtliche und strafrechtliche Bestimmungen des Gewässerschutzes	18
§ 4 Entwicklung des deutschen Wasserrechts	22
I. Wasserhaushaltsgesetz	22
1. Entwicklung des Wasserhaushaltsgesetzes	22
2. Geltendes Wasserhaushaltsgesetz	29
3. Gesetzesergänzende Rechtsverordnungen	35
II. Landeswassergesetze und Landesgesetze über Wasserentnahmeeinzelteile	45
III. Abwasserabgabengesetz	47
1. Kompetenzgrundlage und Entwicklung	48
2. Abgabentatbestand	50
3. Abgabenhöhe und Bescheidprinzip	50
IV. Sondergesetze sowie sonstige Umweltgesetze und Verordnungen mit wasserwirtschaftlicher Relevanz	53
1. Produktrecht (Wasch- und Reinigungsmittelgesetz, Düngegesetz)	54
2. Wassersicherstellungsgesetz	55
3. Trinkwasserförderordnung	56
4. Bundeswasserstraßengesetz	58
5. Bundesnaturschutzgesetz	60
6. Erneuerbare-Energien-Gesetz	62
V. Recht der Wasser- und Bodenverbände	65
1. Wasserverbandsgesetz	65
2. Sondergesetzliche Wasserverbände	66
§ 5 Wasserrecht der Europäischen Union	69
I. Allgemeine Grundlagen des europäischen Umweltrechts	70
1. Umweltrelevante Kompetenzen der Europäischen Union	70
2. Umsetzungsfragen	72
II. Rechtsgrundlagen und Entwicklung des europäischen Gewässerschutzes	75
1. Wasserrahmenrichtlinie	77
2. Tochterrichtlinien zur Wasserrahmenrichtlinie	106
3. Richtlinie über die Behandlung von kommunalem Abwasser	113
4. Trinkwasserrichtlinie	114

5. Nitratrichtlinie	116
6. Industrieemissionsrichtlinie	117
7. Hochwasserrisikorichtlinie	121
8. Meeresstrategierahmenrichtlinie	123
9. Rechtsakte betreffend die Meeresverschmutzung durch Schiffe	126
10. Europäisches Stoffrecht	126
11. Verordnung über Mindestanforderungen an die Wasserwiederverwendung	128
§ 6 Internationales Wasserrecht	129
I. UN-Wasserrechtsübereinkommen	130
II. Ökologische Menschenrechte	131
III. UN-Seerechtsübereinkommen	133
IV. Sonstige Verträge auf dem Gebiet des Gewässerschutzes	133
Kapitel 2 Gewässerbegriff und sachlicher Geltungsbereich des Wasserwirtschaftsrechts	135
§ 7 Einleitung	135
§ 8 Oberirdische Gewässer	136
I. Abgrenzung von (oberirdischen) Gewässern und Abwasseranlagen	139
1. Grundsätzliche Abgrenzungsprämissen	139
2. Unterschiedliche Fallgruppen im Kontext der Stadtweiterung und der Überbauung von Bachläufen	143
II. Zuordnung von Baggerseen zu den oberirdischen Gewässern oder zum Grundwasser	150
III. Abgrenzung des aus Quellen wild abfließenden Wassers	152
IV. Heilquellen	153
V. Wasserrechtliche Qualifizierung von Gräben, insbesondere von Straßenseitengräben	155
§ 9 Küstengewässer und Meeresgewässer	158
I. Küstengewässer	158
II. Meeresgewässer	159
§ 10 Grundwasser	159
§ 11 Landesrechtliche Ausklammerungen aus dem Kreis der erfassten Gewässer (§ 2 Abs. 2 WHG)	161
Kapitel 3 Allgemeine öffentlich-rechtliche Benutzungsordnung für die Gewässer	163
§ 12 Verwaltungs- und verfassungsrechtliche Grundsätze	163
I. Gewässer als öffentliche Sachen	163
II. Leitprinzipien der wasserrechtlichen Benutzungsordnung	165
1. Allgemeine Grundsätze der Gewässerbewirtschaftung	165
2. Bewirtschaftung nach Flussgebietseinheiten	168
3. Gewässereigentum und Schranken des Grundeigentums	171
4. Allgemeine Sorgfaltspflichten des Handelnden hinsichtlich der Gewässer	176
III. Verfassungsmäßigkeit der wasserwirtschaftsrechtlichen Benutzungsordnung	180
§ 13 Das Begehr auf Erteilung einer Erlaubnis oder Bewilligung	187
I. Die Rechtsinstitute der Erlaubnis und der Bewilligung	187
1. Bundesrechtliche Strukturvorgaben	187
2. Landesrechtliche Ergänzungen und Abweichungen zur Erlaubnis- oder Bewilligungspflicht	191
II. Die erlaubnis- oder bewilligungspflichtigen Benutzungstatbestände	195
1. Allgemeine Abgrenzung und Einordnung der Gewässerbenutzungen	195
2. Die Einzeltatbestände der echten Gewässerbenutzungen nach § 9 Abs. 1 WHG	209
3. Die Einzeltatbestände der unechten Gewässerbenutzungen nach § 9 Abs. 2 WHG	239

III.	Abgrenzung gegenüber Benutzungen und sonstigen Einwirkungen auf Gewässer außerhalb der Erlaubnis- oder Bewilligungspflicht	248
1.	Maßnahmen des Ausbaus und der Unterhaltung von oberirdischen Gewässern	248
2.	Gemeingebräuch an oberirdischen Gewässern	252
3.	Eigentümer-, Anlieger- und Hinterliegergebrauch an oberirdischen Gewässern	261
4.	Erlaubnis- und bewilligungsfreie Benutzungen der Küstengewässer und des Grundwassers	264
5.	Benutzungen aufgrund alter Rechte und alter Befugnisse	265
6.	Erlaubnis- und bewilligungsfreie Benutzungen zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für die öffentliche Sicherheit	296
7.	Erlaubnis- und bewilligungsfreie Benutzungen bei Übungen und Erprobungen für Zwecke der Verteidigung und der Gefahrenabwehr	297
IV.	Allgemeine Regeln für die Entscheidung über Erlaubnis- oder Bewilligungsanträge	299
1.	Grundsätzliches	299
2.	Verwaltungsverfahrensrechtliche Fragen	303
3.	Allgemeiner Versagungsgrund der schädlichen Gewässerveränderungen gemäß § 12 Abs. 1 Nr. 1 WHG	311
4.	Versagungsgrund der Nichteinreichung anderer Anforderungen nach öffentlich-rechtlichen Vorschriften gemäß § 12 Abs. 1 Nr. 2 WHG	339
5.	Bewirtschaftungsermessens der Wasserbehörde	342
6.	Die besonderen Voraussetzungen für die Erteilung einer Bewilligung (§ 14 WHG)	346
7.	Die besonderen Voraussetzungen für die Erteilung einer gehobenen Erlaubnis (§ 15 WHG)	352
8.	Nachteilige Einwirkungen auf Rechte oder Interessen Dritter	354
9.	Zusammentreffen mehrerer Erlaubnis- oder Bewilligungsanträge	356
10.	Inhalts- und Nebenbestimmungen des Erlaubnis- und Bewilligungsbescheides	358
11.	Besondere Anforderungen an die Zulassung von Fracking-Technologie	374
12.	Interimistische Regelungen	379
V.	Besondere Anforderungen an Abwassereinleitungen	387
1.	Rechtsgrundlagen der Abwasserbeseitigung	387
2.	Anforderungen an das Einleiten von Abwasser nach § 57 WHG	418
VI.	Gewässer- und immissionsbezogene Planungsinstrumente	436
1.	Planungsinstrumentarium vor dem Inkrafttreten der europäischen Wasserrahmenrichtlinie	436
2.	Planungsinstrumentarium nach Inkrafttreten der europäischen Wasserrahmenrichtlinie	436
VII.	Einbringungen nach dem Hohe-See-Einbringungsgesetz als wasserrechtliches Sonderregime	454
1.	Geltungsbereich des Hohe-See-Einbringungsgesetzes	454
2.	Einbringungsverbot und Ausnahmen	456
3.	Problem des Drittenschutzes	459
VIII.	Nachträgliche Einschränkungen, Rücknahme und Widerruf einer Erlaubnis oder Bewilligung	460
1.	Vorbehalt nachträglicher Anordnungen nach § 13 WHG	460
2.	Nachträgliche Entscheidungen zu einer Bewilligung nach § 14 Abs. 5–6 WHG	466
3.	Rücknahme einer Erlaubnis oder Bewilligung	467
4.	Widerruf einer Erlaubnis	467
5.	Widerruf einer Bewilligung	470
6.	Ausgleichsverfahren nach § 22 WHG	473

§ 14 Abwehrbegehren eines Dritt betroffenen gegenüber der Bewilligung oder Erlaubnis	474
I. Grundlagen des Nachbarschutzes im Wasserrecht	474
II. Rechtsstellung des Dritt betroffenen gegenüber einer Bewilligung oder einer nachbarrechtlich formalisierten Erlaubnis	479
1. Nachteilige Einwirkungen auf das Recht eines Dritt betroffenen (§ 14 Abs. 3 WHG)	479
2. Nachteilige Einwirkungen auf rechtlich geschützte Interessen eines Dritt betroffenen (§ 14 Abs. 4 WHG)	494
3. Gemeinsame Grundsätze für Abwehr- und Entschädigungsbegehren in den Fällen des § 14 Abs. 3 und 4 WHG	499
III. Rechtsstellung des Dritt betroffenen gegenüber einer nachbarrechtlich nicht formalisierten Erlaubnis	516
1. Rechtssystematische Grundlagen	516
2. Öffentlich-rechtlicher Schutz Dritt betroffener aufgrund des Gebots der Rücksichtnahme	518
3. Allgemeine Schranken des Drittschutzes gegenüber der nachbarrechtlich nicht formalisierten Erlaubnis	521
IV. Nachbarschutz außerhalb von Bewilligungs- und Erlaubnisverfahren	522
§ 15 Betriebsbeauftragte für Gewässerschutz	523
I. Allgemeine Grundlagen	523
II. Anwendungsbereich	525
III. Bestellung des Gewässerschutzbeauftragten	526
IV. Rechte und Pflichten des Gewässerschutzbeauftragten	528
1. Allgemeine Beratungspflicht	528
2. Überwachungspflicht	528
3. Hinwirkungspflichten	529
4. Betriebsinterne Informationspflicht	529
5. Berichtspflicht	529
6. Entscheidungsbezogene Mitwirkungsrechte	530
7. Funktionssichernde Schutzrechte des Gewässerschutzbeauftragten	531
V. Widerruf der Bestellung	532
§ 16 Befugnisse der Wasserbehörden zur Überwachung und zum gefahrenabwehrenden Einschreiten	533
I. Allgemeine Grundlagen	533
II. Gewässeraufsicht nach den §§ 100 ff. WHG	534
1. Anwendungsbereich	534
2. Duldungspflichten	535
3. Mitwirkungspflichten	536
4. Kosten der Gewässeraufsicht	538
5. Gefahrenabwehrendes Einschreiten der Wasserbehörden	539
6. Zwangsrechte	561
III. Konkurrierende Gefahrenabwehr nach dem Wasserrecht und dem Bundes-Bodenschutzgesetz	562
Kapitel 4 Die besondere öffentlich-rechtliche Nutzungsordnung für Wasserschutzgebiete	565
§ 17 Systematische Einordnung der Wasserschutzgebietsfestsetzung	565
§ 18 Formell-rechtliche Fragen der Wasserschutzgebietsfestsetzung	567
I. Festsetzung durch Rechtsverordnung	567
II. Verfahren der Wasserschutzgebietsfestsetzung	568
1. Einleitung des Festsetzungsverfahrens	569
2. Durchführung des Festsetzungsverfahrens	570
3. Pflicht zur Strategischen Umweltprüfung	571
4. Verkündung der Wasserschutzgebietsfestsetzung	572
5. Benennung des Begünstigten	574
6. Gebührenfreiheit der Wasserschutzgebietsfestsetzung	574

7. Befristung, spätere Überprüfung und eventuelle Anpassung einer Wasserschutzgebietsfestsetzung	574
8. Vorläufige Anordnungen im Festsetzungsverfahren	575
9. Veränderungssperre zur Sicherung der Neufestsetzung oder Erweiterung eines Wasserschutzgebiets	576
III. Rechtsschutz gegen Wasserschutzgebietsfestsetzungen	577
1. Prinzipale Normenkontrolle	577
2. Inzidentkontrolle	579
§ 19 Materiellrechtliche Voraussetzungen, Inhalte und Folgen einer Wasserschutzgebietsfestsetzung	580
I. Die drei Schutztatbestände	580
1. Wasserschutzgebiete im Interesse der öffentlichen Wasserversorgung	580
2. Wasserschutzgebiete zur Anreicherung des Grundwassers	582
3. Wasserschutzgebiete zur Verhütung des schädlichen Abfließens von Niederschlagswasser sowie des Abschwemmens und des Eintrags von Bodenbestandteilen und bestimmten Stoffen	582
II. Gesetzliche Bindung und verwaltungsgerichtliche Kontroldichte bei der Festsetzung von Wasserschutzgebieten	583
1. Divergierende Ausgangspositionen	583
2. Entscheidungsstufe der rechtsbegrifflichen und konditionalen Bindung	585
3. Vorgelagerte Stufe der Standortentscheidung	588
4. Stufe der abschließenden Ermessensentscheidung	591
III. Fehlender Anspruch auf Festsetzung eines Wasserschutzgebiets	591
IV. Zulässiger Inhalt der Schutzanordnungen einer Wasserschutzgebietsfestsetzung	592
V. Eigentums- und entschädigungsrechtliche Beurteilung von Wasserschutzgebieten	595
1. Grundsätzliche Vorgaben der Eigentumsgarantie für Schutzgebietsfestsetzungen	595
2. Konsequenzen für die Abgrenzung zwischen entschädigungsfreier Eigentumsbindung und entschädigungspflichtiger Eigentumsentziehung oder -aushöhlung in Wasserschutzgebieten	600
3. Billigkeitsausgleich zugunsten der Land- und Forstwirtschaft wegen erhöhter Anforderungen im Wasserschutzgebiet nach § 52 Abs. 5 WHG	610
§ 20 Heilquellschutzgebiete	614
I. Staatliche Anerkennung der Heilquelle	614
II. Anordnung von Betriebs- und Überwachungspflichten	616
III. Festsetzung eines Heilquellschutzgebiets	616
Kapitel 5 Unterhaltung und Ausbau oberirdischer Gewässer	617
§ 21 Unterhaltung oberirdischer Gewässer	617
I. Rechtsgrundlagen der Gewässerunterhaltung	617
1. Wasserhaushaltsrecht	617
2. Bundeswasserstraßenrecht	618
II. Pflicht zur Gewässerunterhaltung (Unterhaltungslast)	619
1. Träger der Unterhaltungslast	620
2. Vertragliche und sonstige Regelungen der Unterhaltungslast	620
3. Störerverantwortung, Kostenausgleich und Ersatzvornahme	621
III. Umfang der Gewässerunterhaltung	622
1. Räumlicher Unterhaltungsumfang	622
2. Sachlicher Unterhaltungsumfang	623
IV. Unterhaltung ausgebauter Gewässer	630
V. Besondere Pflichten im Interesse der Gewässerunterhaltung	631
1. Duldungspflichten der Anlieger und Hinterlieger	631
2. Bewirtschaftungspflichten der Anlieger	632
3. Unterhaltungsbedingte Schadensersatzansprüche der Anlieger und Hinterlieger	633
4. Rechtsbeziehungen im Innenverhältnis eines Wasser- und Bodenverbandes	633

VI. Entscheidungen der Wasserbehörde in Fragen der Gewässerunterhaltung	634
VII. Exkurs: Unterhaltung besonderer Anlagen mit Gewässerbezug	635
1. Allgemeine Anforderungen an die Unterhaltung von Anlagen in, an, über und unter oberirdischen Gewässern	635
2. Stauanlagen und Stauhaltungsdämme	640
3. Verbot von Solaranlagen in und über einem oberirdischen Gewässer	640
4. Unterhaltung von Deichen und Dämmen	641
§ 22 Ausbau oberirdischer Gewässer	641
I. Rechtsgrundlagen des Gewässerausbau	641
1. Wasserhaushaltsrecht	642
2. Bundeswasserstraßenrecht	643
3. Überlagerungen von wasserhaushalts- und wasserstraßenrechtlichen Ausbauzwecken	644
4. Zuordnungs- und Abgrenzungsprobleme bei Hafenanlagen	645
5. Verfahrensfragen der gesamtplanerischen Einfügung	650
II. Begriff und Gegenstand des Gewässerausbau	652
III. Deich- und Damm bauten	655
IV. Ausbaupflicht	657
V. Planfeststellung	658
1. Entscheidungsinhalte und Rechtswirkungen der Planfeststellung	659
2. Planfeststellungsverfahren	665
3. Materiellrechtliche Bindungen der Planfeststellung	675
4. Fragen des Rechtsschutzes	693
VI. Vereinfachte Zulassung eines Gewässerausbau	701
1. Plangenehmigung	701
2. Zulassung eines vorzeitigen Beginns des Gewässerausbau	704
Kapitel 6 Hochwasserschutz	705
§ 23 Tatsächliche Problematik und rechtliche Grundlagen des Hochwasserschutzes	705
I. Begriff des Hochwassers	705
II. Entwicklung des Hochwasserschutzes im deutschen und europäischen Recht	706
III. Hochwasserschutz in der Bauleitplanung	712
IV. Hochwasserschutz in der Raumordnung	712
V. Naturschutzrechtliche Bestimmung von Flächen, die dem Schutz vor Überflutung durch Hochwasser dienen	714
§ 24 Planungsinstrumentarium des vorbeugenden Hochwasserschutzes	714
I. Vorläufige Bewertung von Hochwasserrisiken und Bestimmung von Risikogebieten	715
II. Hochwassergefahrenkarten und Hochwasserrisikokarten	716
III. Hochwasserrisikomanagementpläne	717
IV. Zusammenhang des vorbeugenden Hochwasserschutzes mit dem Flussgebietsmanagement und den materiellen Zielsetzungen der Wasserrahmenrichtlinie	718
1. Koordinierung mit dem Flussgebietsmanagement nach Art. 3 WRRL	718
2. Abstimmung mit den materiellen Zielsetzungen nach Art. 4 WRRL	719
§ 25 Überschwemmungsgebiete an oberirdischen Gewässern	720
I. Begriff und Arten der Überschwemmungsgebiete	720
1. Allgemeiner Begriff der Überschwemmungsgebiete	720
2. Festgesetzte Überschwemmungsgebiete	721
3. Karte und vorläufig gesicherte Überschwemmungsgebiete	725
4. Faktische Überschwemmungsgebiete	726
II. Planungs- und Nutzungsrestriktionen in festgesetzten und kartierten Überschwemmungsgebieten	727
1. Verbot der Ausweisung von neuen Baugebieten	727
2. Abwägungsdirektiven für die Überplanung bestehender Baugebiete	737
3. Verbot der Errichtung oder Erweiterung baulicher Anlagen in festgesetzten oder kartierten Überschwemmungsgebieten	740

4. Sonstige Schutzvorschriften für festgesetzte und karte Überschwemmungsgebiete	742
§ 26 Risikogebiete außerhalb von Überschwemmungsgebieten	746
I. Allgemeines	746
II. Hochwasserschutzbezogene Planungsleitsätze auf der Ebene der Bauleitplanung	747
III. Hochwasserbezogene Anforderungen auf der Ebene einzelner baulicher Vorhaben	747
IV. Vorbehalt zugunsten weitergehenden Landesrechts	748
§ 27 Heizölverbraucheranlagen in Überschwemmungsgebieten und in weiteren Risikogebieten	749
I. Allgemeines	749
II. Verbot in Überschwemmungsgebieten	750
III. Verbot in Risikogebieten außerhalb von Überschwemmungsgebieten	750
IV. Nachrüstungspflichten bei am 5.1.2018 vorhandenen Heizölverbraucheranlagen	751
§ 28 Hochwasserentstehungsgebiete	751
I. Allgemeines	751
II. Genehmigungsvorbehalt für bestimmte Vorhaben	753
III. Bauleitplanerische Ausweisung neuer Baugebiete im Außenbereich	754
IV. Weitergehendes Landesrecht	755
§ 29 Individualrechte in Bezug auf den Hochwasserschutz	755
I. Ansprüche Einzelner auf öffentliche Schutzmaßnahmen?	755
II. Drittschutz Einzelner gegen hochwasserrelevante und gefahrenerhöhende Maßnahmen	756
1. Sonderfall eines dritt betroffenen Wasserverbandes	756
2. Dritt betroffene Nachbarn	756
III. Schadensersatz aus Amtshaftung wegen der Verursachung von Hochwasserschäden	758
1. Amtshaftung wegen unterlassener oder fehlerhafter Information	758
2. Amtshaftung von Gemeinden wegen unzureichender Hochwasservorsorge, insbesondere fehlerhafter Dimensionierung der Ortskanalisation	758
3. Amtshaftung für fehlerhafte Bauleitplanung	759
4. Amtshaftung für Hochwasserschäden infolge mangelhafter Gewässerunterhaltung	761
5. Amtshaftung für Hochwasserschäden infolge fehlerhafter Gewässerausbauten	761
6. Amtshaftung für Hochwasserschäden infolge fehlerhafter Ausübung der Gewässeraufsicht	762
7. Amtshaftung für Hochwasserschäden infolge fehlerhafter Ausübung der Bauaufsicht	763
8. Amtshaftung eines Straßenverwaltungsträgers für Hochwasserschäden infolge einer Verletzung der Verkehrssicherungspflicht	764
IV. Entschädigungs- oder Ausgleichsleistungen beim städtebaulichen Rückbau aus Gründen des Hochwasserschutzes	765
Kapitel 7 Haftungsordnung im Wasserrecht	769
§ 30 Rechtssystematische Grundlagen	769
§ 31 Ansprüche aus allgemeinem Privatrecht	773
I. Tatbestände der Eigentumsverletzung	774
1. Tatbestände des privaten Wasser-Nachbarrechts	775
2. Allgemeiner Tatbestand der Eigentumsverletzung	784
II. Verletzung des Rechts am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb	789
III. Verletzung von Gewässerbenutzungsrechten	791
IV. Verletzung eines Fischereirechts	793
V. Verletzung von Schutzgesetzen	794

1. Rechtsvorschriften der allgemeinen wasserwirtschaftsrechtlichen Benutzungsordnung	794
2. Vorschriften des allgemeinen bürgerlichen Nachbarrechts	796
3. Vorschriften des besonderen Wasserwirtschaftsrechts	796
4. Vorschriften des Wasserstraf- und Wasserordnungswidrigkeitenrechts	799
VI. Sonderfälle der Haftung von Körperschaften des öffentlichen Rechts	799
1. Haftung für Beeinträchtigungen infolge des Betriebs einer Kanalisationsanlage	800
2. Haftung für mangelhafte Gewässerunterhaltung	804
3. Haftung im Hinblick auf Maßnahmen des Gewässerausbaus	806
4. Haftung für wasserwirtschaftliche Beeinträchtigungen durch Straßenbauten	807
5. Haftung für Überschwemmungsschäden infolge der Ausweisung neuer Baugebiete und der hiermit verbundenen Bodenversiegelung	809
§ 32 Schadensersatzansprüche aus der Gefährdungshaftung nach § 89 WHG	809
I. Grundsätzliche Fragen	809
1. Verhältnis der wasserrechtlichen Gefährdungshaftung zu anderen privatrechtlichen Anspruchsgrundlagen	809
2. Verhältnis der wasserrechtlichen Gefährdungshaftung zum öffentlichen Wasserrecht	811
II. Verhaltensaftung nach § 89 Abs. 1 WHG	813
1. Haftungsbegründende Handlung	813
2. Nachteilige Veränderung der Wasserbeschaffenheit	822
3. Haftungsausschluss bei höherer Gewalt	824
4. Umfang und Grenzen der haftungsausfüllenden Kausalität	824
5. Inhalt und Umfang des Schadensersatzanspruchs	831
6. Verjährung	832
7. Fragen des nationalen und des internationalen Rechtsschutzes	833
III. Anlagenhaftung nach § 89 Abs. 2 WHG	833
1. Haftungsunterworfen Anlagen	833
2. Hineingelangen von Stoffen aus einer Anlage in ein Gewässer	836
3. Nachteilige Veränderung der physikalischen, chemischen oder biologischen Beschaffenheit des Wassers	839
4. Haftungsausschluss bei höherer Gewalt	840
5. Betreiber der Anlage	841
6. Haftung in Fällen mehrerer Anlagen verschiedener Betreiber	843
7. Kausalität, Schutzbereich, Haftungsumfang und Beweisfragen der Anlagenhaftung	845
8. Fragen der Haftpflichtversicherung	846
§ 33 Umweltschadengesetz	847
I. Anwendungsbereich	848
1. Schutzgut	849
2. Tätigkeitsabhängige Gefährdungshaftung	850
3. Verschuldenshaftung für Biodiversitätsschäden	851
4. Anwendungsausschluss	853
II. Verantwortliche	854
1. Störerverantwortlichkeit	854
2. Verursachung einer unmittelbaren Gefahr	855
3. Berufliche Tätigkeit	856
4. Diffuse Verursachungspfade	857
III. Pflichten der Verantwortlichen	858
IV. Behördliche Eingriffsermächtigungen	859
1. Überwachungsmaßnahmen und ordnungsrechtliche Anordnungen	859
2. Kosten der Vermeidungs- und Sanierungsmaßnahmen	861
V. Rechtsschutz	862

Kapitel 8 Straf- und ordnungswidrigkeitenrechtlicher Schutz der Gewässer	865
§ 34 Einführung	865
§ 35 Entwicklung des straf- und ordnungswidrigkeitenrechtlichen Gewässerschutzes	865
I. Strafrecht	865
1. Strafvorschriften zum Schutz der Gewässer in der ersten Phase des WHG	865
2. Erstes Gesetz zur Bekämpfung der Umweltkriminalität 1980	866
3. Zweites Gesetz zur Bekämpfung der Umweltkriminalität 1994 und spätere Gesetzgebung	867
4. Einflüsse des Unionsrechts auf das gewässerbezogene Umweltstrafrecht ..	868
II. Ordnungswidrigkeitenrecht	871
§ 36 Bezüge zum Verfassungs- und Unionsrecht	872
I. Verfassungsrecht	872
II. Unionsrecht	874
1. Strafrechtlich relevantes Primärrecht	874
2. Strafrechtlich relevantes Sekundärrecht: Richtlinie (EU) 2024/1203 über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt	876
§ 37 Strafrechtlicher Gewässerschutz	879
I. Überblick über die Tatbestände des 29. Abschnitts des StGB	879
II. Gewässerverunreinigung nach § 324 StGB	880
1. Allgemeines	880
2. Tatobjekte	880
3. Taterfolg	881
4. Tathandlung	883
5. Vorsatz oder Fahrlässigkeit	886
6. Unbefugtheit der Gewässernutzung	889
III. Bodenverunreinigung nach § 324a StGB	890
IV. Luftverunreinigung nach § 325 Abs. 2 StGB	892
V. Unerlaubter Umgang mit Abfällen nach § 326 Abs. 1 Nr. 4a) StGB	893
VI. Unerlaubtes Betreiben von Anlagen nach § 327 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1, 2 und Nr. 4 StGB	896
VII. Gefährdung schutzbedürftiger Gebiete nach § 329 StGB	897
VIII. Besonders schwerer Fall einer Umweltstraftat nach § 330 StGB	899
IX. Konkurrenzen	900
X. Straftaten mit Auslandsbezug	902
§ 38 Ordnungswidrigkeitenrechtlicher Gewässerschutz	905
I. Einführung	905
II. Ordnungswidrigkeitentatbestände mit Bezug zum Gewässerschutz	908
§ 39 Rechtsfolgen im Straf- und Ordnungswidrigkeitsrecht	909
I. Rechtsfolgen für natürliche Personen	909
1. Strafrecht	909
2. Ordnungswidrigkeitenrecht	912
II. Rechtsfolgen für Unternehmen	913
§ 40 Übergreifende Fragestellungen und Entwicklungsperspektiven	914
I. Schnittstellen zwischen Umweltrechtstrafrecht und Umweltverwaltungsrecht	914
1. Verwaltungsakzessorietät des Umweltstrafrechts	914
2. Kooperation zwischen Strafverfolgungsbehörden und Verwaltungsbehörden	927
II. Strafbarkeit von Amtsträgern der Verwaltung	931
Sachverzeichnis	937

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG